

Von Geisel identifiziert

Belgischer Attentäter auch in Paris beteiligt

PARIS Einer der Selbstmordattentäter vom Brüsseler Flughafen ist von ehemaligen französischen Geiseln als einer ihrer Wächter identifiziert worden. Najim Laachraoui war in Syrien zwischen 2013 und 2014 an Entführungen beteiligt, wie die französischen Zeitungen «Le Journal du Dimanche» und «Le Parisien» am Freitag unter Berufung auf Ermittler berichteten. Der Dschihadist soll unter dem Namen Abu Idriss an der Verschleppung vier später freigelassener französischer Journalisten und des 2014 von der Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS) ermordeten US-Journalisten James Foley beteiligt gewesen sein. Der Elektromechaniker aus der Brüsseler Gemeinde Schaerbeek gilt als Bombenbauer der Attentäter. Sprengstoff, der bei den Pariser Anschlägen vom November verwendet wurde, soll seine DNA getragen haben. Der 24-jährige starb im März als Selbstmordattentäter am Brüsseler Flughafen. 2013 soll er sich in Syrien als einer der ersten belgischen Dschihadisten der IS-Miliz angeschlossen haben. (sda/dpa)

Grossbritannien

Obama und Cameron gegen «Brexit»

LONDON Grossbritanniens Premier David Cameron und US-Präsident Barack Obama haben für einen Verbleib der Briten in der Europäischen Union (EU) geworben. Eine Mitglied-



Cameron und Obama (v. l.). (Foto: AP)

schaft in der EU unterstreiche und bekräftige die Stärken Grossbritanniens, sagte Cameron am Freitag in einer gemeinsamen Medienkonferenz mit Obama. Obama sagte, zwar sei dies eine Entscheidung der britischen Wähler. Die USA seien aber überzeugt davon, dass eine Mitgliedschaft in der EU für Grossbritannien ausschliesslich Vorteile habe. Dies gelte sowohl wirtschaftlich als auch in Sicherheitsfragen. (sda/dpa)

Exgeneralin bestellt

Russlands Hüterin der Menschenrechte

MOSKAU Eine frühere Generalin soll künftig über die Einhaltung der Menschenrechte in Russland wachen. Die 60-jährige Tatjana Moskalkowa wurde am Freitag zur neuen Menschenrechtsbeauftragten im Kreml ernannt. Moskalkowa ist Parlamentsabgeordnete der regierungsnahen Partei Gerechtes Russland, im Parlament wurde die Personalie mit grosser Mehrheit gebilligt. Früher stand sie im Dienst des russischen Innenministeriums. Moskalkowa übernimmt das Amt in einer Zeit, in der Menschenrechtler in Russland über zunehmende Repression klagen. Besonders umstritten ist etwa ein Gesetz aus dem Jahr 2012. Es verpflichtet jene regierungsunabhängigen Gruppierungen, die sich politisch engagieren und Geld aus dem Ausland erhalten, sich als «ausländische Agenten» registrieren zu lassen. Die neue Menschenrechtsbeauftragte kündigte an, sie sehe ihre Aufgabe vor allem darin, die Rechte von Veteranen, Senioren, Menschen mit Behinderung und Menschen, «die sich in Schwierigkeiten befinden», zu vertreten. Ein Kreml-Sprecher äusserte die Hoffnung, «dass die guten Traditionen bei der Verteidigung der Menschenrechte fortgeführt» würden. (sda/afp)



Francois Holland unterzeichnet als Erster (l.). Für Liechtenstein setzt Botschafter Christian Wenaweser (r.) seine Unterschrift unter das Abkommen. (Fotos: RM, IKR)



Staaten aus aller Welt unterzeichneten das Klimaabkommen von Paris

Klimawandel Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in New York haben Staatenvertreter aus aller Welt - unter ihnen auch Liechtenstein - ihre Unterschrift unter das neue Klimaschutzabkommen gesetzt. Damit ist ein erster wichtiger Schritt getan.

«Dies ist ein historischer Moment. Niemals zuvor hat eine solch grosse Zahl von Ländern ein internationales Abkommen an einem einzigen Tag unterzeichnet», sagte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon. Insgesamt wollten Vertreter aus 171 Ländern das Abkommen im Rahmen der Zeremonie unterzeichnen, unter ihnen auch Liechtenstein und die Schweiz. Ban forderte, dass auf die Unterzeichnung auch möglichst rasch die Ratifizierung in den einzelnen Ländern folgen müsse. Zusammen mit dem Armutbekämpfungsprogramm der UNO habe die Klimavereinbarung «die Kraft, die Welt zu verändern», betonte er.

Wenaweser für Liechtenstein

Erster in der langen Schlange von Unterzeichnern im UNO-Hauptquartier war der französische Präsident Francois Hollande, als Gastgeber der Klimakonferenz von Paris vor vier Monaten, bei der das Abkommen ausgehandelt worden war. Die Unterzeich-

nungszeremonie dauerte am späten Vormittag (Ortszeit) an. Für Liechtenstein unterzeichnete Christian Wenaweser, Liechtensteins Botschafter an der UNO in New York, das Abkommen. Die Regierung hatte am 5. April, unter Vorbehalt der Ratifikation, die Unterzeichnung des Pariser Abkommens beschlossen. Wie fast alle Vertragsstaaten der UNFCCC reichte auch Liechtenstein im Jahr 2015 seine geplanten Klimaziele ein. Demnach strebt die Regierung bis zum Jahr 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 an. Dieses Ziel bewegt sich in einem ähnlichen Rahmen wie die Klimaziele der EU und der Schweiz (50 Prozent). Vorbehaltlich einer Ratifikation des Abkommens soll Liechtenstein dieses Ziel ab 2020 verbindlich umsetzen.

Ersatz für das Kyoto-Protokoll

Das Pariser Abkommen wurde am 12. Dezember 2015 von den Vertragsstaaten des UNO-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen

(UNFCCC) verabschiedet. Liechtenstein wurde dabei von Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer vertreten. Es stellt einen bedeutenden Fortschritt im globalen Kampf gegen den Klimawandel dar. Das Pariser Abkommen soll ab 2020 in Kraft treten und das Kyoto-Protokoll ersetzen. Im Unterschied zum Kyoto-Protokoll ist das Pariser Abkommen nicht mehr lediglich für die Industriestaaten verbindlich, sondern für alle Vertragsstaaten. Die Vertragsstaaten müssen sich bei der Ratifikation des Abkommens nationale Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen setzen, die sie dann verbindlich umsetzen. Die Einhaltung dieser Ziele soll regelmässig überprüft werden. Neben der Reduktion von Treibhausgasen beinhaltet das Abkommen Bestimmungen zur Verbesserung der Klimaanpassung, zum Umgang mit Schäden und Verlusten durch den Klimawandel sowie zur finanziellen Unterstützung für Entwicklungsstaaten bei der Umsetzung des Abkommens.

Während das Kyoto-Protokoll noch statische Reduktionsziele enthielt, weist das Pariser Abkommen einen deutlich dynamischeren Charakter auf. Die Staaten sind angehalten, ihre Klimaziele alle fünf Jahre zu überprüfen und bei Bedarf neue und ambitioniertere Ziele einzureichen. Damit soll die globale Klimaerwärmung auf 1,5 bis 2 Grad Celsius begrenzt werden. Ab der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts soll sodann eine «Dekarbonisierung» stattfinden und schliesslich komplett auf fossile Energieträger verzichtet werden.

Risikofaktor US-Politik

Damit das Abkommen in Kraft treten kann, müssen es mindestens 55 Staaten ratifizieren, die zusammen mindestens 55 Prozent des Treibhausgasausstosses verursachen. Besonders heikel ist der Ratifizierungsprozess in den USA, wo der von den Republikanern dominierte Kongress das Abkommen ablehnt. Der Klimaschutz könnte daher zu einem zentralen Thema im US-Wahlkampf werden. (sda/afp/ikr/red)

Prozess gegen Hochschullehrer wegen «terroristischer Propaganda»

Petition In der Türkei hat am Freitag der Prozess gegen vier Istanbuler Universitätsdozenten wegen des Vorwurfs «terroristischer Propaganda» begonnen. Sie haben eine Petition gegen «Massaker» an Kurden unterzeichnet.



Proteste vor dem Gericht. (Foto: RM)

Die Anklage lautet «Terroristische Propaganda»: Den Angeklagten wird zur Last gelegt, eine Petition mit unterzeichnet und öffentlich verlesen zu haben, die «Massaker» der türkischen Streitkräfte an Kurden während Einsätzen gegen Kurdenrebellanten in mehreren Städten unter Ausgangssperre anprangert. Die Angeklagten bestreiten die Vorwürfe. Es werde nicht gelingen, «die Stimme unseres Gewissens zu erstickern», sagte einer der Universitätsdozenten laut Nachrichtenagentur Dogan in der Anhörung. «Sie können unsere Petition lächerlich finden. Sie können aber nicht sagen, dass wir «terroristische Propaganda» betreiben.» Die Petition war von rund 1200 Intellektuellen aus der Türkei und dem Ausland unterzeichnet worden. Erdogan hatte ihnen umgehend ge-

droht, dass sie für ihren «Verrat» den «Preis» zahlen müssten. Türkische Unterstützer der Petition berichteten denn auch von Schikanen. «Die Unterzeichner wurden für Universitätsgremien zitiert und mussten Fragen beantworten wie: Halten Sie die PKK für eine Terrororganisation?», oder: «Bereuen Sie Ihre Unterschrift?», sagte einer der Unterzeichner, Professor Teoman Pamukcu, der Nachrichtenagentur AFP. Die seit März inhaftierten Angeklagten sind Esra Munger, Professorin an der Universität Bogazici, der Kunstschullehrer Muzaffer Kaya, Kivanc Ersoy, Professor an der Universität Nisantasi und seine Kollegin Meral Camci, die bis Februar an der Uni

Unterstützer vor Gerichtsgebäude

Am Morgen hatten sich mindestens 300 Unterstützer der Angeklagten vor dem Gerichtsgebäude in Istanbul versammelt. Die Menge rief «Freiheit für unsere Stifte» und «Stolz auf unsere Dozenten». Die Polizei sicherte mit starken Einsatzkräften und zwei Wasserwerfern den Justizpalast, in dem Stunden zuvor zudem die dritte Anhörung im Verfahren gegen zwei wegen «Spionage» angeklagte Journalisten stattfand. Die Journalisten Can Dündar, Chefredaktor der Zeitung «Cumhuriyet», und Erdem Gül, Bürochef der Zeitung in Ankara, müssen sich wegen eines im Mai 2014 veröffentlichten Artikels über Waffenlieferungen des Geheimdienstes MIT an Islamisten in Syrien wegen Spionage und der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verantworten. Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte persönlich Strafanzeige gestellt. Die türkische Regierung unter Erdogan geht seit Monaten verstärkt gegen Journalisten und Intellektuelle vor. Regierungschef Ahmet Davutoglu warf den Medien vor, eine «Allianz des Bösen» gebildet zu haben. (sda/afp)

Verbot wird aufgehoben

Kubaner dürfen bald frei per Schiff reisen

HAVANNA Kubas Regierung erlaubt ihren Staatsangehörigen künftig, frei in Schiffe einzusteigen. Bislang benötigten Kubaner eine Sondergenehmigung, selbst wenn sie nur mit kleinen Schiffen in See stechen wollten. Vom kommenden Dienstag an streicht der sozialistische Karibikstaat dieses seit Jahrzehnten geltende Verbot, wie aus einer Mitteilung vom Freitag in der Parteizeitung «Granma» hervorging. Das bisherige Verbot hatte politische Gründe: In den vergangenen Jahrzehnten flohen Zehntausende Menschen mit oft kaum seetüchtigen Booten aus dem Land. Die aktuelle Reform wurde der Ankündigung nach im Rahmen der historischen Annäherung zwischen Kuba und den USA beschlossen. Die US-Kreuzfahrtschiffirma «Carnival» hatte vor etwa einem Monat angekündigt, dass sie von Mai an erstmals nach Jahrzehnten wieder kubanische Häfen ansteuern würde. Von den Kreuzfahrten waren aber zunächst Kubaner und Kuba-stämmige Amerikaner ausgeschlossen. Grund waren der Firma zufolge die in Kuba bestehenden gesetzlichen Restriktionen. Carnival ruderte kurz danach zurück, unter anderem weil Vertreter der kubanischen Exilgemeinde in den USA wegen Diskriminierung vor Gericht zu ziehen drohten. (sda/dpa)